

Dagmar Enkelmann

Mitglied im Deutschen Bundestag,

Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

*Auf ein Wort***DIE LINKE.**
IM BUNDESTAG**Land des Lächelns**

Ein Lächeln gilt als billigste touristische Investition. Ohne Freundlichkeit und Gastfreundschaft lockt man keine Besucher an. Diese Schlagwörter kommen denn auch zur Genüge im jetzt vorgelegten neuen Tourismuskonzept des Landes Brandenburg vor. Es beschreibt den Zustand der als wirtschaftlicher Hoffnungsträger geltenden Branche durchaus richtig. Der Weg, den Brandenburgs Fremdenverkehr nehmen soll, wird aber nicht erkennbar. Touristische Entwicklung zählt weiterhin nicht zu den Wachstumskernen des Landes, bleibt so von der Mehrzahl der Fördermöglichkeiten ausgeschlossen. Wichtige Partner wie Sparkassen und Banken werden nicht mit in das Boot geholt. Ein weiterer Schwachpunkt: Das Nichteinbeziehen der regionalen Planungsgemeinschaften, insbesondere wenn es darum geht, touristische Zielgebiete zu vergrößern. Darüber kann man nur den Kopf schütteln. Auch die Landschaftspflege muss in die touristische Entwicklung integriert werden. Die Chance, hier der Agrarwirtschaft ein zweites Standbein zu schaffen, wird bislang vergeben. Fazit: Mit diesem Konzept wird es schwerlich gelingen, Brandenburg zum „Land des Lächelns“ werden zu lassen.

Für den 19. April 2006, 15 Uhr, lädt Dagmar Enkelmann zu einer Konferenz über das neue Landestourismuskonzept in die Mediantlinik Hoppegarten.

B.S.

Berlin, 30.03.06

Nicht immer versteht...

...der geneigte Zuhörer des Bundestags, worum es geht. Die Geschäftsordnungsdebatte, mit der die Tagesordnung am 9. März begann, war leicht zu verstehen. Der Stein des Anstoßes: Bereits an Fachausschüsse überwiesene Anträge zur Förderalismusreform wurden kraft der Koalitionsmehrheit aus diesen wieder herausgeholt und federführend an den Rechtsausschuss übertragen. Die Folge: Allein im Rechtsausschuss wird entschieden, ob es beispielsweise öffentliche Anhörungen zu einer Reform gibt, die das Grundgesetz so stark wie nie zuvor verändert.

Diese Beschneidung demokratischer Rechte des Parlaments ist nicht hinzunehmen. Bleibt es bei der schwarz-roten Förderalismus“reform“, sind die Folgen dramatisch: Bei Hochschulen und Beamtenbesoldung drohen die armen gegenüber den reichen Ländern unterzugehen. Die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau gefährdet Zukunftsinvestitionen. Im Strafvollzug kommt ein „Wettlauf“ um die härtesten Haftbedingungen in Gang. Bei Bildung und Umweltschutz entsteht ein Flickenteppich von Regelungen, und diese werden künftig nach Kassenlage entschieden.

Dass selbst die Vorsitzende des Umweltausschusses, Frau Bierwirth (SPD), dem Verfahren „Alles in den Rechtsausschuss“ ihre Zustimmung gab, ist nur noch mit Nibelungentreue zu begründen. Das Gewissen der Abgeordneten bleibt wieder einmal auf der Strecke. Die Linksfraktion will einen fairen Wettbewerb der Länder, einen, in dem es um die besten Lösungen für soziale Gerechtigkeit und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse geht. Notwendig sind auch bundesweit einheitliche Standards. Von diesen Zielen lassen wir uns nicht abbringen.

Ihre

Für ein tolerantes Bernau

Ende 2003 fanden sich in Bernau Bürger zusammen, die mit friedlichem Mitteln gegen aufkommendes rechtsradikales, faschistisches und ausländerfeindliches Gedankengut in ihrer Stadt etwas tun wollten. Im Januar 2004 wurde das „Netzwerk für Toleranz und Weltoffenheit“ gegründet. Von Anfang an arbeiteten hier Menschen über Glaubens-, Weltanschauungs- und Parteigrenzen hinweg zusammen. Das Netzwerk versteht sich als ein lockerer Zusammenschluss von Bürgern der Stadt Bernau. Es lebt auch vom besonderen Einsatz der Aktivistinnen, darunter dem Theologen Prof. Carl-Jürgen Kaltenborn, von Eva Maria Rebs von der Stadtverwaltung Bernau, der Bundestagsabgeordneten Dagmar Enkelmann und vieler anderer. Das beharrliche Wirken des Netzwerks hat das Klima in der Stadt zum Besseren gewandelt. Jüngstes Beispiel

BARNIM-TICKER

war die Gegenveranstaltung zu einem rechtsextremen Aufmarsch in Bernau im Januar. Den 50 angereisten Rechten standen schließlich 150 Bürger gegenüber. Auch die Stadtverordneten Bernaus bezogen am 3. Februar diesen Jahres klar Position: Alle Fraktionen sprachen sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen Fremdenhass und Gewalt aus.

Fortführen will das Netzwerk in diesem Jahr u.a. die gute Jugendarbeit. Dazu kommen Geschichtsprojekte in den Schulen und Veranstaltungen auf der Straße. Künftig geht es nicht nur darum, auf rechte Provokationen zu reagieren, sondern mit eigenen Themen in die Offensive zu gehen. Gemeinsam mit dem Paulus-Praetorius-Gymnasium Bernau organisierte das Netzwerk so am 21. März aus Anlass des Antirassismustages der UN eine Veranstaltung unter dem Titel „Denkanstöße“.

SOG

Gegen Schwarz-Rotes Korsett Linksfraktion will umfassende und solidarische Gesundheitsversorgung

Von Dr. Martina Bunge



Das Gesundheitssystem in Deutschland ist derzeit fast täglich in den Medien präsent: Patientinnen und Patienten leiden unter dem Zwang, immer größere Teile der gesundheitlichen Versorgung aus der eigenen Tasche finanzieren oder gar auf einen Arztbesuch verzichten zu müssen. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen gehen auf die Straße und demonstrieren für menschlichere Arbeitsbedingungen und sowie gerechte Entlohnung.

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag unterstützt diese Proteste in dem Bemühen, eine umfassende und solidarisch finanzierte gesundheitliche Versorgung für alle herzustellen. Im Mittelpunkt sollen die Belange der Versicherten bei Prävention, Akutversorgung, Rehabilitation und Pflege stehen. Die schwarz-roten Koalitionäre reden zwar ähnlich von „qualitativ hoch stehender Versorgung“ und „solidarischer Finanzierung“, doch nahmen sie bisher weder die horrenden Zuzahlungen noch die vielen unsozialen Leistungsausgrenzungen zurück. Ein Gesetzentwurf der Linksfraktion, wenigstens auf die unsägliche Praxisgebühr zu verzichten, hat leider wenig Chancen, die Zustimmung der Mehrheit im Bundestag zu erhalten. So wird der Zug weiterfahren: Je ärmer, desto kränker.

Dagegen setzt die Linksfraktion ihren Vorschlag einer solidarischen Bürgerversicherung, bei der auf alle Arten von Einkommen Beiträge erhoben sowie sämtliche Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden. Darüber hinaus wollen wir die Arbeitgeber wieder hälftig an den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung beteiligen, eine soziale und gerechte Ausrichtung der Kranken- und Pflegeversicherung herstellen. Unverzüglich ist die medizinische Unterversorgung zu beheben, wie sie in einigen Regionen vor allem der neuen Länder schon besteht und in noch viel größerem Maße droht.

Unser Ziel ist es, endlich zu einer aufgabenorientierten Ausgabenpolitik kommen. Doch schon bei dem ab April geltenden Arzneimittelgesetz geht es Schwarz-Rot wieder nur darum, die Krankenkassen um eine Milliarde Euro zu entlasten. Erkauft wird dies u.a. durch die Bonus-Malus-Regelung, die das Vertrauensverhältnis von Arzt und Patienten schwer belastet. Ärztinnen und Ärzte müssen ihr Ordnungsverhalten unter Umständen an wirtschaftlichen Kennziffern ausrichten.

Nebenbei: Mit der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 wird der Einspareffekt ohnehin aufgefressen. Den Versicherten drohen erneut steigende Beitragsätze. Ein Antrag auf Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Arzneimittel, der übrigens auch für Schnittblumen oder Hundefutter der Fall ist, findet bei der Bundesregierung wohl genau so wenig Zustimmung wie die Forderung nach einer Positivliste für Arzneimittel.

Die Autorin ist Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Bundestages. Sie ist zu Gast bei der Veranstaltung „Gesundheit – bezahlbar für alle?“, zu der Dagmar Enkelmann interessierte Bürger für den 12. Mai 2006 von 11-13 Uhr in den Lindenhof der Seniorenresidenz, Brandenburg-Klinik, einlädt.

Kein Frieden mit Hartz IV

Ausführliche Anhörungen zum Antrag der Linken

Mitte März brachte die Bundestagsfraktion DIE LINKE. ihren Antrag zur Überwindung von Hartz IV in den Bundestag ein. Dieser war zuvor in einem umfassenden Anhörungsprozess mit Experten und Betroffenen diskutiert worden – nicht nur am 24. Februar im Bundestag. Dagmar Enkelmann hatte Ende Februar für die Barnimer Region Sozialverbände, Verwaltungen und Bürger zur Hartz-IV-Debatte nach Eberswalde eingeladen.

Die Anhörungen machten erneut klar: Ein Jahr nach Inkrafttreten von Hartz IV wird die Problemliste des Gesetzes immer länger. Dass Langzeitarbeitslose drei Fallmanager in einem halben Jahr akzeptieren müssen oder zustehende Gelder noch immer unregelmäßig oder verspätet ausgezahlt werden, gehört schon zur „Normalität“, mit der die Menschen leben müssen. Ein wachsendes Problem stellen die Kürzungen des Regelsatzes bei Krankenhausaufenthalten sowie die Zuzahlungen für Medikamente und Hilfsmittel dar. Spitzfinderischen Debatten, dass Patienten im Krankenhaus verpflegt würden und deswegen beim Regelsatz „gespart“ werden könne, erteilt Dagmar Enkelmann eine klare Absage. Für sie sind die Kürzungen „sozial untragbar und unmenschlich.“ Die Fraktion DIE LINKE. fordert in ihrem Rahmenantrag denn auch: Keine Kürzung des Regelsatzes bei Krankenhausaufenthalten! Außerdem sind für Hartz IV-EmpfängerInnen Zuzahlungen und Eigenleistungen für die Gesundheitsversorgung aufzuheben.

Die Anhörungen der Linksfraktion förderten weitere Hartz-IV-Absurditäten zu Tage: In Sachsen-Anhalt werden vom Jobcenter Schülern berufsbildender Schulen bzw. der 10. Klasse die Fahrtkosten zur Schule nicht erstattet. Auch das Jugendamt sieht sich hier als nicht zuständig und verweist auf das Kindergeld, das aber bekanntlich auf Hartz IV angerechnet wird. Kurzfristig Beschäftigte wie SchauspielerInnen haben enorme Schwierigkeiten, den Behörden ihre wechselnden Zeiten von intensiver Beschäftigung und Arbeitslosigkeit beizubringen. Auch dass Widersprüche gegen Hartz-IV-Bescheide keine aufschiebende Wirkung haben, ist nicht tragbar. In ihrem Antrag fordert die Linksfraktion dementsprechend auch transparente Verwaltungsverfahren, die Verbesserung der Rechtsschutzmöglichkeiten sowie ein Recht auf unabhängige Sozialberatung mit entsprechender Finanzierung solcher Stellen.

J.S.

Lob für Linke

Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bundestag, van Essen, lobt die Zusammenarbeit mit der Linksfraktion. «Die Zusammenarbeit ist in formalen Dingen absolut problemlos», sagte van Essen der «Berliner Zeitung» (Ausgabe vom 23. März). Besonders gut funktioniere die Kooperation mit seiner Kollegin Dagmar Enkelmann. «Da stimmt einfach die Chemie. Mit ihr kann man ganz unkompliziert Dinge absprechen und sich darauf verlassen», sagte van Essen. (ddp)

Jetzt mit Veranda

Anlässlich des 92. Geburtstages von Kurt Kretschmann, dem Nestor des Naturschutzes und Erfinder der Umwelteule, wurde Anfang März am „Haus der Naturpflege“ in Bad Freienwalde eine Veranda eingeweiht. Wer eine gemütliche Kaffeestube erwartet, wird enttäuscht. Der Nachbau nach historischem Vorbild bereichert das Gebäude um einen attraktiven Ausstellungsraum. Wer sein Wissen über das Wirken von Erna und Kurt Kretschmann, über Umweltgruppen der Region und die Natur rund um Bad Freienwalde vertiefen möchte, kommt mit der in der Veranda liebevoll gestalteten Ausstellung voll auf seine Kosten.

MOL-TICKER

Diese sei dabei, so die Leiterin des Vereins Haus der Naturpflege, Anke Jenssen, nicht als abgeschlossen zu betrachten, sondern die Exposition werde je nach Erkenntnisstand fortgeschrieben. Außerdem soll der neue Raum auch als Werkstatt oder als Arbeitsraum für Wissenschaftler genutzt werden. Brandenburgs Umweltminister Dietmar Woidke ließ es sich nehmen, zur Eröffnung vorbei zu schauen, Kurt Kretschmann selbst die Hand zu schütteln und die Ausstellung zu eröffnen. Das Geburtstags“kind“ empfindet den Anbau ebenso als Bereicherung des Hauses und erinnerte sich, dass die alte Veranda von Forstleuten abgerissen worden war, weil sie an der Stelle Holz lagern wollten.

„Haus der Naturpflege“, Dr.-Max-Kienitz-Weg 2, 16259 Bad Freienwalde; Tel./Fax: (03344) 3582. Geöffnet im März wochentags 9-16 Uhr, Wochenende 10-17 Uhr, ab April bis Ende September täglich von 10-18 Uhr, www.Haus-der-Naturpflege.de

Dagmar Enkelmann

„STREIK IM PLENUM“

16. März 06, 12.40 Uhr im Bundestagsplenium: „Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. erheben sich und ziehen sich Streikwesten mit dem Aufdruck „Solidarität – ver.di – Streik“ über.

Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: *Frau Präsidentin! – Zuruf von der FDP: Kasperletheater!*
(Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: *„Ich bitte Sie, sich wieder hinzusetzen und diese Demonstration nicht im Deutschen Bundestag durchzuführen.“*

Zurufe von der CDU/CSU: *„Sonst gehen wir! – Wir sind hier doch nicht in einem Happening! Demonstrationen kann man draußen abhalten.“*

Dirk Niebel [FDP]: *„Kasperletheater! Meinen Sie, Sie sehen jetzt besser aus als vorher?“*

Clemens Binninger [CDU/CSU]: *„Entweder die setzen sich oder wir gehen!“*

Vizepräsidentin Göring-Eckardt: *„Ich bitte Sie noch einmal herzlich, die Westen auszuziehen. Hier im Deutschen Bundestag führen wir die Auseinandersetzung mit dem gesprochenen Wort und nicht mit Transparenten oder Westen. Das wissen Sie auch. Deswegen bitte ich Sie herzlich, die Westen auszuziehen oder den Raum zu verlassen und vielleicht vor der Tür zu demonstrieren.“* (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein Teil der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. verlässt den Plenarsaal.

Reinhard Grindel [CDU/CSU]: *„Lafontaine, das ist die Schweinebande, die hinter dir sitzt! Dazu können Sie sich hier mal äußern! Es ist ja furchtbar!“*

Zuruf von der LINKEN: *„Frau Präsidentin, ist das keinen Ordnungsruf wert?“*

Gegenruf von der CDU/CSU: *„Sie haben es gerade nötig!“*

Ernst Burgbacher [FDP]: *„Kasperletheater! Schämt ihr euch eigentlich nicht? Diese Proleten!“*

Dirk Niebel [FDP]: *„Wir sollten eine Fraktionsitzung machen!“*

Gegenruf des Abg. Ulrich Maurer [DIE LINKE]: *„Das ist die doppelte Moral der Herrschaften der CDU/CSU!“*

TERMINE (AUSWAHL)

27.-31. März, Sitzungswoche des Bundestages;
1. April, 10.30 Uhr, Teilnahme an Sitzung des Parteirates der Linkspartei.PDS;
3.-7. April, Sitzungswoche des Bundestages;
7. April, 17 Uhr, Vernissage mit dem Maler J.K. Wilfert, Bürgerzentrum, Bernau;
19. April, 10 Uhr, Regionaltreffen Küstrin; 15 Uhr, Tourismuskonferenz, Medianklinik, Hoppegarten;
20. April, 17 Uhr, Bürgerforum in Großräschen;
22. April, 10 Uhr, Grußwort auf Bundeskongress der Türkischen Gemeinde, Berlin;
25. April, 9 Uhr, Treffen mit Langzeitarbeitslosen in Bad Freienwalde, 10.30 Uhr Öffentliche Sprechstunde, Marktplatz Bad Freienwalde;
26. April, 19 Uhr, Bürgerforum in Kolkwitz;
28. April, 15 Uhr, Eröffnung Friedensfahrt-Ausstellung im „LinksTreff“, Strausberg;
29./30. April, Parteitag der Linkspartei.PDS;
1. Mai, 10 Uhr, Rede auf Kundgebung in Strausberg, 15 Uhr, Rede in Potsdam
26. April, 3. Mai, 18 Uhr, Sitzungen der Stadtfraktion Linkspartei.PDS, Bernau;

ADRESSEN

MdB Dr. Dagmar Enkelmann,
Deutscher Bundestag
Am Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 227 78220, -78219, Fax: -76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Barnim:

Wahlkreisbüro Bernau, Bürgerzentrum,
Berliner Str. 17, 16321 Bernau b. Berlin
Tel.: 03338 459543, Fax: -459544
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Märkisch-Oderland:

Wahlkreisbüro Strausberg, „LinksTreff am Tor“,
Wallstr. 8, 15344 Strausberg
Tel.: 03341 303984, Fax: 03341 303985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Internet:

www.dagmar-enkelmann.de,
www.linksfraktion.de

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Dagmar Enkelmann, Mitglieder im Team: Dagmar Enkelmann, Bärbel Mierau (B.M.), Bernd Sachse (B.S.), Jörg Staude (J.S.), Sören-Ole Gemski (SOG), Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. März 2006